



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ ulla.jelpke@bundestag.de

Pressemitteilung

Freitag, 16. Februar 2007

Schluss mit der Verfolgung von Antifaschistinnen und Antifaschisten

Inhaftierung eines Antifaschisten ist fatales Signal

Seit dem 12. Dezember 2006 sitzt der 21-jährige Antifaschist Matthias Z. unter dem Vorwurf des versuchten Totschlags in Untersuchungshaft in Berlin. Der Vorwurf gründet sich allein auf die Beschuldigungen von zwei stadtbekannten Neonazis, die bei einer Auseinandersetzung Ende November in Lichtenberg leicht verletzt wurden. Obwohl die Täter verumumt waren, wollen die beiden Neonazis Matthias Z. auf ihren eigenen Fotos erkannt haben. Zu diesem Fall erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke:

Während neonazistische Schläger oft schon wenige Stunden nach ihren Gewalttaten wieder in Freiheit entlassen werden, gehen Polizei und Justiz immer wieder hart gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vor. Allein die Beschuldigungen von Neofaschisten reichen offensichtlich aus, einen jungen Antifaschisten seit zwei Monaten in Untersuchungshaft festzuhalten. Dass die Belastungszeugen in der Vergangenheit mehrfach an Überfällen auf antirassistische und antifaschistische Initiativen beteiligt waren, macht ihre Angaben hochgradig unglaubwürdig.

Die Berliner Justiz setzt mit dem andauernden Untersuchungshaftbefehl gegen den Antifaschisten ein fatales Signal: Sie schüchtert antifaschistisch und demokratisch engagierte Menschen ein, statt Zivilcourage gegen rechte Gewalt zu ermutigen.

Ich fordere die Berliner Justizbehörden auf, Matthias Z. sofort aus der Untersuchungshaft zu entlassen.